

Der Zentral-Arbeiter

Schließung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 8/9
Verlagsredaktion: Abt. 1006, 1076 und 1202. — Die Zeitung
ersch. jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpragla Berlin

Verzinst sich Ohr nichts — Verzinst alles!

Anzeigen- und Werbungsstellen sind an Otto Behm, Berlin D 24,
Memeler Straße 8/9 (Postfach 6886), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M.,
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Man schüttelt den Kopf. — Arbeitslosigkeit und Arbeits-
beschaffungsprogramm (Schluß). — Von der schweizerischen
Siderindustrie. — Die in Frankreich wiederholte (IV.). — Frauen-
teil. — Bericht über die vierte Sitzung des Bundesausschusses des
D. V. B. im Volkshaus zu Düsseldorf am 9. und 10. Juli 1926 (II.).
— Verbandstag des Holländischen Textilarbeiterverbandes am 16.
und 17. Juli 1926 in Apeldoorn. — Berichte aus Fachreisen. —
Belanntmachungen. — Anzeigen.

Man schüttelt den Kopf.

+++ Nachdem die Gewerkschaften durch ihre Düsseldorf-
Tagung die Öffentlichkeit auf die bedrohlichen und skandalösen
Zustände auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam gemacht haben,
ist eine wahre Hochflut von Notstandsarbeitsprogrammen aus-
gelöst worden. Reich und Länder und zahlreiche andere
Stellen in dem mit einem übersehten Verwaltungsapparat
gesegneten Deutschland schütteln die Projekte nur so aus den
Ärmeln und erinnern stark an den Mann, der am Abend
fleißig wird. Die amtlichen Verlautbarungen über Arbeits-
beschaffung überfüllen in verblüffender Eile einander; in
den Pressestellen der einschlägigen Ministerien herrscht in der
Zeit der sauren Gurken Hochbetrieb und es wird viel Geist
verpörrt und Farbband malträtiert. Eine solche Eile und
Hast in unserem bürokratischen Apparat wirkt immer ver-
dächtig und in eingeweihten Kreisen will man den Eindruck
haben: Die liebe Bureaucratie hat Arbeit bekommen. Ob diese
Tatsache aber auch Arbeitsbeschaffung für das Heer der
Arbeitslosen bedeutet, muß abgewartet werden. Schon er-
gehen sich diese oder jene Stellen in Klagen, daß den Arbeits-
beschaffungsplänen der Regierung dieses und jenes entgegen-
stehe, daß es an Geld fehle und daß man aus allen mög-
lichen Gründen heraus nicht so tun könne, wie man wolle;
von dem Ministerialauschuß, vor dem der Reichs-
auschussminister Dr. Curtius in Düsseldorf sprach und der
außerordentliche Vollmacht haben soll, die Arbeitsbeschaffung
entgegen kleinlichem Krimskrams und territorial-bürokrati-
scher Engherzigkeit in Gang zu bringen, hört und sieht
man nichts. Das Reichswirtschaftsministerium hat es bis
heute auch nicht für nötig gehalten, der doch gewiß
interessierten Öffentlichkeit zu sagen, was mit diesem Aus-
schuß eigentlich los ist.

Die Regierung muß aber damit rechnen, daß die Arbeiter-
schaft durchaus nicht gewillt ist, sich Theaterdramen vorzumachen
zu lassen. Sie hat das Gefühl, daß andere Berufsklassen
im deutschen Volke bei der Regierung ein offeneres Ohr und
willigeres Gehör finden als die deutsche Arbeiterschaft, die
nun schon seit 12 Jahren, am Rand ihrer Kräfte, die Folge
des Krieges, die Auswirkungen der Inflation und die
Lasten des Umstellungsprozesses in unserer Wirtschaft
trägt. Sie mußte immer wieder sehen, wie man in den
Ministerien gegenüber dem Unternehmertum eine offene
Hand hatte, auch wenn die Staatshilfe offensichtlich gegen
die Interessen unserer Volkswirtschaft ging. Das beste
Beispiel sind ja die Maßnahmen, die man zur Unterstützung
der Großagrarien durchgeführt hat, und zwar mit dem Erfolg,
daß die Getreidepreise in Deutschland, im Gegensatz zu dem
Getreidepreis auf dem Weltmarkt, in erschreckendem Ausmaß
anziehen. Wir geben die Preisentwicklung an den deutschen
und an den nordamerikanischen Märkten während der letzten
4 Wochen nach den Zollerhöhungen in Deutschland durch
folgende Zusammenstellung wieder:

Deutsche Preise (per 1000 kg in Amt.)	Mitte Juni	Anfang Juli	Mitte Juli
Roggen, märkischer	178—183	207—210	212—215
Sommergerste	187—200	194—205	205—212
Inländische Futtergerste	173—186	180—193	190—204
Hafer, märkischer	195—206	198—208	206—215
Mais, loco Berlin	—	168—170	174—178
Ameritanische Preise (per Bushel in Cents)			
Weizen New York	170	155	157
Weizen Chicago	139	132	138
Mais Chicago	71,25	69	71

Die besondere Preisentwicklung für Getreide in Deutsch-
land beruht auf künstlicher Grundlage und stellt eine künstliche
Hauffierung der Getreidepreise dar. Die Bewegung ist einer-
seits auf die Kreditaktion der Reichsbank und
andererseits auf die Roggenvalorisation
zurückzuführen. Die Reichsbank hat sich bekanntlich vor
Wochen verpflichtet, dem Landwirt, dem Roggenproduzenten,
der jogenannten ersten Hand Gelegenheit zu geben, seine
Ernte — in Frage kommen nur die Großagrarien, weil diese
allein über die notwendigen Mengen verfügen — irgend-
einer Warengenossenschaft, die ihm seine Ernte bis 50 bis
60 Proz. ihres Wertes beschützt (lombardiert). Die Waren-
genossenschaften können die ihnen von den Landwirten aus-
gestellten Wechsel wieder bei der Reichsbank bzw. bei den
Spartkassen und Girozentralen zu Geld machen. Es ist klar,
daß durch ein solches Finanzierungsinstrument, das neben
den alten Krediten, den bekannten eingefrorenen, den nicht
rückzahlbaren Krediten neue Kredite an die Landwirt-
schaft darstellt, das Angebot an Getreide auf den Märkten
verringert, und zu einer Preissteigerung führen muß, die
sich um so schärfer auswirkt, weil das Jahr 1926 ein
kaum mittelgutes Erntejahr zu werden verspricht. Anderer-
seits hat die Deutsche Getreidehandels G. m. b. H. die
Möglichkeit, mit Geldern der deutschen Industrie und mit
staatlichen Geldern Getreide aufzukaufen. Die Deutsche
Getreidehandels G. m. b. H. ist unter, was von Bedeutung
ist und worauf wir noch später zurückkommen werden, Mit-
wirkung der deutschen Kaliindustrie und der deutschen Stic-
kstoffindustrie ins Leben gerufen worden. Beide Industrien

sind zum wesentlichen Teil an dem Gründungskapital der
Gesellschaft in Höhe von 15 Millionen Reichsmark beteiligt.
Daneben verfügt die Deutsche Getreidehandels G. m. b. H.
über 80 Millionen Mark, die den Kassen der alten Reichs-
getreidebestelle entstammen. Es handelt sich um einen Kredit;
der Zinssatz beträgt 1½ Proz. Das Geld ist also so gut wie
geschenkt. Man rechnet damit, daß durch Zusammenwirken
der Deutschen Getreidehandels G. m. b. H. mit der Reichsbank
bzw. den Spartassen und Girozentralen gleich zu Beginn der
Ernte rund 1 Million Tonnen lombardiert
bzw. durch Mitwirkung der Getreidehandels
G. m. b. H. gelagert werden können. Das Quantum
dürfte bei einem Roggenpreis von 200 Mark pro Tonne
einen Wert von 160—170 Millionen Mark ausmachen und
rund 10 Proz. der gesamten deutschen Ernte überhaupt dar-
stellen. Diese Riesensummen werden über das normale Maß
des Roggens, das von dem privaten Handel aufgekauft und
eingelagert wird, dem Markt entzogen. Man hat auf der
einen Seite das Angebot an Getreide, besonders an Roggen,
verknappt, während man auf der anderen Seite durch
Schaffung von Stellen, die auf jeden Fall kaufen oder lom-
bardieren, die Nachfrage ins Grotesk-Ungewöhnliche ge-
steigert. Im Zusammenhang mit der Zollerhöhung vor einigen
Wochen mußte die Preissteigerung, die wir in unserer Tabelle
aufgezeichnet haben, eintreten, und es ist zu befürchten, daß
die Preise in Zukunft sich in einem Maße nach oben bewegen
werden, daß die künstliche Preisregulierung, die Reichsbank
bzw. Deutsche Getreidehandels G. m. b. H. bezwecken, die
Herrschaft über die Preisentwicklung und Preisbindung ver-
lieren wird. Das bedeutet mal erst eine weitere Belastung
der Massen. Der Brotkorb wird mal wieder höher gehängt.
Schon seit langem wirken sich die Maßnahmen der Regierung,
und der bürgerlichen Parteien, die nichts anderes sind als
Liebesgaben für den Großgrundbesitz, in einer sich verteuern-
den Lebenshaltung aus. Schon gleich nach den letzten
Zollerhöhungen gingen die Großhandelspreise für Mehl in
die Höhe. Eine solche Bewegung mußte sich natürlich auf
den Brotpreis auswirken und sich weiter auf die Preisbildung
für andere Lebensmittel übertragen. Das Preußische
Statistische Landesamt gibt die Entwicklung auf Grund der
Beobachtung der Preisbewegung in 51 preußischen Städten
wie folgt wieder:

	Juni 1918	Mai 1926	Juni 1926
	(1 kg in Pfennigen)		
Roggenbrot (Schwarzbrot)	29	29,4	29,6
Roggenbrot (mit Zusatz von Weizen- mehl oder aus feinem Roggenmehl)	29	36,6	36,9
Weizenkleingebäck	53	76,6	76,8
Roggenmehl (gewöhnliches)	29,8	35,7	36,2
Weizenmehl (etwa 70proz. Ausmahlg.)	37,3	51,9	52,1
Graupen (Rohgerste)	42,9	53,4	53,6
Weizengries	48,4	65,6	66
Haferflocken	—	56,6	56,9
Reis	49,3	59,8	59,9
Erbsen	39,7	53,2	54,6
Schweinefleisch (ausländisches)	145,1	197,1	203

Die Preiserhöhungen im Monat Juni hielten sich noch in
erträglichem Umfang, von Bedeutung ist aber die steigende
Tendenz. Auf allen Gebieten sehen sich trotz der un-
geheuren Arbeitsmarktkrise wesentliche Preise durch-
Nachdem die Preise in den letzten Krisenmonaten abflachten
oder stabil blieben, läßt sich jetzt überall beobachten, wie sie
im stärksten Maße anziehen. Für die Millionen, die auf die
lange Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind, für das
Heer der Kurzarbeiter und die Hunderttausende, denen das
Lohnneinkommen nur notdürftig die bloße Existenz ermöglicht,
bedeutet das neue Einschränkungen. Die bloße Lebenshaltung
erfordert einen größeren Anteil des Lohnes und verhindert
den Einkauf anderer Gegenstände des täglichen Bedarfs, der
ja nun schon seit Jahren für die Anschaffung in den Arbeiter-
familien nur eine Rolle spielt. Marktpolitisch gesehen ist das
neue Drosseln der Kaufkraft und die Belegung in einzelnen
Industriezweigen, besonders in den Verbrauchsindustrien,
wird durch eine Verminderung der Kaufkraft schon im Keime
erstickt. Andere Folgen liegen zweifellos auf dem Gebiet der
Warenausfuhr, des Exports. Die Arbeitnehmerschaft wird
natürlich — und hier handelt es sich durchaus um eine
zwangsläufige Entwicklung — versuchen, die steigende
Leuerung durch Lohnerböhrungen auszugleichen. Angesichts
der steigenden Leuerung werden auch die Lohnkorrekturen
nach oben unvermeidlich sein. Damit ist aber eine Steigerung
des gesamten deutschen Preisniveaus gegeben, der zu beden-
lichen Rückschlüssen in unserer Außenhandelsbilanz führen
muß. Gerade die Steigerung des deutschen Exports hängt
von der Preishöhe ab. Die ganze deutsche Warenausfuhr
nach dem Auslande ist ein Kampf gegenüber der billigeren
Preisstellung anderer Länder, die infolge zufälliger oder
natürlicher Umstände günstiger gestellt sind als Deutschland.
Die Politik der deutschen Regierung muß die Lage des deut-
schen Exports und des deutschen Exporteurs auf dem Welt-
markt unfähig erschweren. Der deutsche Außenhandel hat
sich in seinen wichtigsten Positionen seit dem Monat Dezem-
ber 1925, wo die Warenausfuhr seit langem zum erstenmal
größer war als die Wareneinfuhr, wie folgt entwickelt:

	Aktivsaldo (+) Einfuhr von Ausfuhr von Passivsaldo (-) Rohstoffen Fertigwaren (in Millionen Reichsmark)		
Dezember 1925	+ 38	405,2	565,4
Januar 1926	+ 87	378,2	568,3
Februar 1926	+ 121	333,5	564,1
März 1926	- 278	331,6	686,4
April 1926	+ 56	357	597,4
Mai 1926	+ 27	324,4	548
Juni 1926	- 33	386,9	551

Die deutsche Außenhandelsbilanz wurde im Dezember 1925
zum ersten Male aktiv — die Ausfuhr wurde größer als die
Einfuhr — nachdem sie im ganzen Jahr 1925 passiv war. Der
Aktivsaldo, der Ausfuhrüberschuß, konnte, wenn er auch von
Monat zu Monat seit dem März 1926 sank, bis zum Mai 1926
behalten werden. Im Juni 1926 stellte sich nun eine größere
Wareneinfuhr als Warenausfuhr heraus, ein Passivsaldo, und
zwar im Umfange von 38 Millionen Mark im reinen Waren-
papier. Die aktive deutsche Außenhandelsbilanz von Oktober
1925 bis Mai 1926 ist sicher vorzugsweise als Begleit-
erscheinung der Wirtschaftskrise anzusprechen. Der Rohstoff-
bezug aus dem Auslande verminderte sich, und zwar nicht
nur immer deshalb, weil die Fabrikation im Herbst 1925 in-
folge der neuen Zollerhöhungen große Boreinbedungen vor-
genommen hatte, sondern auch deshalb, weil die Weiter-
verarbeitung sich seit Oktober 1925 stark einschränkte. Wenn
der Monat Juni 1926 in der Außenhandelsbilanz nur eine
stark vermehrte Einfuhr von Rohstoffen zeigt, so kann man
das als günstiges Zeichen und vor allem nach der Richtung
deuten, daß die Belegung in verschiedenen Industriezweigen
wieder zum Bezug von Rohstoffen drängt. Eine vorüber-
gehende passive Bilanz wäre deshalb nicht schlimm zu nehmen.
Von Bedeutung wird der Passivsaldo für den Monat Juni
erst dann, wenn man bedenkt, daß der Rohstoffimport nach
Deutschland im Monat Juni ungefähr gleich groß wie im
Januar 1926 ist und um 100 Millionen Mark unter dem Roh-
stoffbezug im Juni 1925 und um rund 280 Millionen Mark
unter den Rohstoffbezügen im Monat Januar 1925 liegt,
während die Fertigwarenausfuhr im Juni 1926 um 17 Mil-
lionen hinter der Ausfuhr im Januar 1926 und im Juni 1925
zurückbleibt. Die Tatsache, daß wir in der passiven Juni-
bilanz 1926 durchaus mit einem normalen Rohstoffbezug und mit
einer gedrückten Fertigwarenausfuhr zu tun haben, gibt immer-
hin zu denken und enthüllt die ganze Erbärmlichkeit der
Politik der Regierung und der bürgerlichen Partei, die den
Arbeitsmarkt mit ihren Zollmitteln totschlagen und ihn jetzt
künstlich aufspritzen wollen, vorausgesetzt, daß die verschiedenen
Doktoren an unserem Wirtschaftskörper es mit ihrer Arbeit
überhaupt ernst meinen. Wir haben dazu ja das Nötige im
Anfang dieses Artikels gesagt.

Dazu nun ein kleines Beispiel, um die gegenwärtige Wirt-
schaftspolitik zu kennzeichnen. Es dürfte auch denjenigen
Leuten in Deutschland zu denken geben, die da immer meinen,
man könnte über höhere Getreidepreise, über eine Stärkung
der agrarischen Kaufkraft die deutsche Wirtschaft anfeuern.
Wir haben schon darauf hingewiesen, daß an der Gründung
der Deutschen Getreidehandels G. m. b. H. die Düngemittel-
industrien, vor allem die Kaliindustrien, in hervorragendem
Maße beteiligt sind. Sie sind auch die Wegbereiter für die
berühmte Roggenvalorisation, der künstlichen Getreidepreis-
steigerung, geworden, indem sie zum Zwecke der Auswuche-
rung und der Aushungerung der breiten Massen die ersten
Millionen auf den Tisch des Hauses legten — nicht immer
im Einverständnis mit der Landwirtschaft, in deren Kreisen
man sich manchmal eines unbehaglichen Gefühls ob der
Gebefriedigung der Herren vom Kalisyndikat nicht er-
wehren konnte. Die Ahnung hat nicht getäuscht. Nachdem
man mit Hilfe der Industrie und der staatlichen Gelder den
Getreidepreis in überraschend kurzer Zeit um 40—50 Mark
pro Tonne in die Höhe getrieben hat, meldet die Kaliindustrie
ihre Forderung auf Anteil an dem Raubzug an: Sie verlangt
eine Erhöhung der Preise für das für die Landwirt-
schaft unbedingt notwendige Kali. Nun handelt es sich bei
der Kaliindustrie um einen Wirtschaftszweig, der auf Grund
guter Rationalisierung der Betriebe und infolge einer stark
verbesserten Wärmewirtschaft ihre Herstellungskosten ganz be-
deutend gesenkt hat. Der Anteil des Lohnes an den Ge-
stehungskosten ist beispielsweise heute nicht größer als Anfang
1924, obwohl die Kaliindustrie nach eigenen Darlegungen in
der in Betracht kommenden Zeit immerhin eine nominelle
Lohnerhöhung von 50—60 Proz. vorgenommen hat. Wenn
die deutsche Kaliindustrie ihre Preiserhöhung überhaupt be-
gründen will, dann kann sie nur wie folgt argumentieren: Wir
sind es gewesen, die der Landwirtschaft den erhöhten Preis
verschafft haben; es ist also nur recht und billig, wenn uns
diese Landwirtschaft von ihrem Raub den entsprechenden Teil
abtritt. Warum hätten wir sonst unsere guten, aus dem Aus-
land gepumpten Millionen für Laborationszwecke angelegt?
Und warum haben wir dafür gesorgt, daß der Landwirtschaft
für ihr Preistreiben staatliche Gelder zur Verfügung gestellt
wurden?

Es gibt Illusionisten in Deutschland, die da behaupten, daß
der oberste Grundsatz wirtschaftlicher Betätigung Rücksicht auf
das Ganze und Gemeinsame sei und daß die linke Hand nicht
wisse, was die rechte tue. Wir nehmen das zur Kenntnis,
schütteln den Kopf und fragen, wie lange man noch Schind-
luder mit uns treiben will?

Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungs- programm.

(Schluß.)

Zu den Kreisen, die von der Krise besonders hart betroffen wer-
den, gehört vor allem das große Heer der Arbeitslosen. Nachdem die
von mir genannten Aufträge zum Teil vergeben und durchgeführt
worden sind — die bisherigen Eisenbahnaufträge werden die Maß-
werke nur noch bis Ende dieses Monats beschäftigen können —, müßen
neue Mittel und Wege gefunden werden, um Arbeit zu beschaffen.
Der Winter bringt uns an sich schon — jahresmäßig bedingt —
steigende Erwerbslosenziffern. Wir müssen daher zeitig die Arbeits-
beschaffungsmaßnahmen ergreifen. Wissen wir doch, daß, ganz ab-
gesehen von allen besonderen bürokratischen Hemmnissen, all diese
Pläne einer gewissen Klarheit bedürfen.
Diese Erwägungen haben zur beschleunigten Aufstellung des
neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms geführt, dessen
Grundsätze ich kurz hervorheben möchte.

Die Reichsregierung geht davon aus, daß bei der langdauernden Arbeitslosigkeit, die selbst bei einer neuen wirtschaftlichen Belebung noch keine erhebliche Abminderung erfahren dürfte, nicht mit einer reinen Erwerbslosenunterstützung auszukommen ist. Nicht nur soziale, sondern wesentliche wirtschaftliche Momente machen es notwendig, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die wenigstens einem Teil der freigesetzten Arbeitskräfte zeitweilige Beschäftigung geben könne. Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, daß bei einer längeren Arbeitslosigkeit die billige und wirtschaftlichste Lösung des Arbeitslosenproblems die einfache Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung sei. Ganz abgesehen davon, daß durch die ruhenden Hände keine neuen Werte geschaffen werden, verliert in der langdauernden Stilllegung die Arbeitskraft der Millionen Arbeitslosen an Intensität und damit an wirtschaftlichem Wert; wobei noch überdies zu beachten ist, daß gerade wertvolle hochqualifizierte Arbeitskräfte durch Auswanderung verloren gehen können. Das Regierungsprogramm geht daher zunächst auf die Verhütung des wirtschaftlichen Ausflusses des Reichs aus, die Notstandsarbeiten wenigstens in dem Umfang zu fördern, daß die längere Zeit Erwerbslosens abwechselnd eine Zeitlang Beschäftigung finden. Um diesem Ziele näher zu kommen, sollen die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge erhöht werden, wobei Voraussetzung ist, daß diese Mittel nur zu wirtschaftlich notwendigen Arbeiten verwendet werden.

Der Reichsfinanzminister hat sich bereit erklärt, neue Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge dem Reich wegen zur Verfügung zu stellen, nachdem der Haushaltsausschuß des Reichstags noch in einer seiner letzten Sitzungen die Ermächtigung erteilt hat, die statsmäßig vorgesehenen 100 Millionen zu überschreiten, in der Erwartung, daß die Länder die gleiche Anstrengung machen. Diese neuen Mittel sollen in erster Linie zu Meliorationen, Klüßregulierungen, Talsperren, Wasserkräftanlagen verwendet werden. Auch der Straßenbau soll Berücksichtigung finden, insbesondere, wo es sich darum handelt, dem wachsenden Außenverkehr entsprechend, ein umfangreiches Autoverkehrsnetz zu schaffen. Es wird Aufgabe der eingesetzten Ministerialkommission sein, mit den Ländern und Gemeinden Vereinbarungen zu treffen, die die einheitliche Durchführung sichern.

Außer diesen neuen Mitteln hat sich das Reichsfinanzministerium bereit gefunden, weitere 30 Millionen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Wohnungsbau für landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung zu stellen, wodurch die ausländischen Arbeitskräfte, die sich in der landwirtschaftlichen Dauerbeschäftigung befinden, durch deutsche Arbeiter ersetzt werden sollen. Man hofft mit dieser Summe, wenn der gleiche Betrag von den Ländern erbracht wird, 10.000 neue Wohnungen schaffen zu können.

Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über neue Mittel, die dem Wohnungsmarkt zuzuführen sind. Die 200 Millionen Zwischenkredit für ersteilige Hypotheken habe ich bereits erwähnt. Der preussische Wohlfahrtsminister teilte uns in den letzten Tagen mit, daß für Preußen — bei den anderen Ländern liegt es anders — die Stöckung des Wohnungsbaues nicht auf den Mangel an ersteiligen Hypotheken zurückzuführen sei, sondern auf die Schwierigkeit, die zweite Hypothek zu beschaffen. Die bereitgestellten Mittel der Hauszinssteuer reichen nicht aus, um die 100.000 Bauarbeiter in Preußen zu beschäftigen. Es müssen deshalb zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht werden. Die Reichsregierung hat bereits auch für diese Zwecke mit den Ländern zusammen neue Mittel bereitgestellt. Es darf erwartet werden, daß die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte der Bauperiode in stärkerem Maße als bisher einsetzt, zumal auch die Industrie, die bisher mit Bauten zurückgehalten hat, nach den Umorganisationen neue Bauaufträge herausgeben wird. Darüber ist die Reichsregierung einig, daß wir schon jetzt in diesem Jahre Verträge für die Aufstellung eines einheitlichen Bauprogramms für die kommenden Jahre treffen müssen.

Bei den weiteren Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung handelt es sich zweitens darum, nicht nur der gegenwärtigen Not der Arbeitslosigkeit zu steuern, sondern den Arbeitsmarkt auf die Dauer zu füllen. Es werden daher jetzt, in der arbeitsarmen Zeit — Projekte in Angriff genommen, deren Durchführung zwischen Reich und Ländern schon vereinbart, die aber teilweise auf eine spätere Zeit zurückgestellt waren, weil man angefangen der allgemeinen Kapitalknappheit nicht an den im und ausländischen Kapitalmarkt herantreten konnte. In dieser Richtung ist zunächst der weitere Ausbau der Wasserstraßen geplant worden. Das Reichskabinett hat sich entschlossen, diejenigen Wasserstraßen, die bereits die Genehmigung des Reichstags erhalten haben — sofern dies technisch und nach den vorliegenden Bauplänen ausführbar ist — beschleunigt weiter zu fördern. Dazu sollen Bauarbeiten, die für das Jahr 1927 vorgesehen waren — soweit nur irgendmöglich — schon in diesem Jahre vorweg in Angriff genommen werden. Eine besondere Erleichterung für die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet wird die verstärkte Durchführung der Arbeiten am Kanal Hamm-Vippstadt bedeuten.

Die Verhandlungen mit den Ländern und den sonst interessierten Stellen über die Weiterführung des Mittelkandals sollen von dem Reichswirtschaftsministerium beschleunigt aufgenommen werden. Für den Fall, daß sich eine Einigung vor allem über die Frage der Erhaltungsbeträge ergibt, sollen die Arbeiten an der Hauptstrecke des Mittelkandals zwischen Magdeburg und Peine sofort, also noch in diesem Jahre, aufgenommen werden. Außerdem war der Reichsfinanzminister damit einverstanden, daß schon jetzt die Vorarbeiten für den Südbügel begonnen werden. Die Reichsregierung hat ferner beschlossen, die Verhandlungen mit den Ländern wegen der Fortführung der Arbeiten am Rhein-Main-Donau-Kanal und am Redar Kanal so zu beschleunigen, daß die Mittel für diese Arbeiten — 9,7 Mill. — deren vorübergehende Sperre aufgehoben ist, möglichst bald zur Verwendung kommen können.

Zugleich soll der Bau des Staubeckens bei Dirmachau, durch das die Ober auch in wasserarmen Zeiten mit größerer Last beschaffen gemacht und daneben eine jährliche Erzeugung elektrischer Arbeit von mehr als 10 Mill. KW geschaffen wird, der Hansakanal und die Kanalisierung des unteren Mains in Betracht gezogen werden. Auch der Küstkanal Camps-Dörpen ist zu beschleunigen, zumal der Kanal jetzt schon als Meliorationskanal ausgeführt wird. Es wäre höchst unwirtschaftlich, wenn der Teil, der schon jetzt in Arbeit ist, später erneut in Angriff genommen, verbreitert und vertieft werden müßte.

Für die letztgenannten Bauten sind bisher im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums Mittel nicht bereitgestellt. Handelt es sich hier doch um erhebliche finanzielle Belastungen für die kommenden Jahre. Außerdem bedürfen hierbei verkehrspolitische und wirtschaftliche Fragen noch eingehender Klärung. Das Kabinett hat sich aber entschlossen, die Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß die Arbeiten in möglichst großem Umfang in Gang gesetzt werden können, sobald der Reichstag seine Zustimmung gegeben hat.

Von der Reichsregierung zu der ich mich nunmehr wende, sollen die Linien festgelegt werden, deren Bau die Länder begonnen haben und deren Beendigung durch das Reich als Grund des Staatsvertrags über den Übergang der Staatsbahn auf das Reich von den Ländern verlangt wird. Hierzu hat die Reichsfinanzverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und 50 Millionen Reichsmark unter anderem günstigen Zinsbedingungen zur Verfügung gestellt. Es handelt sich bei diesem Eisenbahnprogramm von rund 30 Kilometer Gleis, um Tunnelbauten, Schienenverlegungen, in sowie Hochbauten. In den Besprechungen ist erörtert worden, daß entgegen der ursprünglichen Ansicht der Reichsregierung schon in diesem Jahre eine größere Summe bewandt wird; die Hauptsumme jedoch im Jahre 1927. In gleicher Weise wie dieses 50-Millionen-Projekt durch Zinsermäßigung ermöglicht wurde, soll durch Zinsverbilligung die Reichsbahn zur Fortsetzung von weiteren Aufträgen im Gesamtwert von 100 Millionen Reichsmark veranlaßt werden. Diese Zinsverbilligung ist davon begründet, daß für die die Beträge, die sonst nur der reinen Erwerbslosenfürsorge dienen, bewandt werden. Die Bauprogramme hierfür können fertig vor schon im Interesse der Verkehrssicherheit und der Wirtschaftlichkeit in ihre baldige Ausführung gegeben. Durch die züglichen Mittel wird das Eisenbahn-

programm der Reichsbahn erweitert. Die neuen Aufträge treffen vor allem die Eisenindustrie, die Holzindustrie, die Steinindustrie. Bei den vorgesehenen Brückenbauten, Bahnhofserweiterungen, Werkstättenanlagen, Wohnbauten wird die Bauindustrie Aufträge erhalten. Auch für die technische Ausrüstung des Fahrzeugparks ist ein größerer Anteil dieser Summe vorgesehen. Auf die Zustimmung des Verwaltungsrats darf wohl bestimmt gerechnet werden.

Die Elektrifizierung unserer Bahnen wird ebenfalls durch diese finanzielle Hilfe des Reichs gefördert werden. Die Postverwaltung hat sich im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms entschlossen, außer den Aufträgen, die im Etat vorgesehen sind, weitere für die Post dringliche Anschaffungen in dieses Etatsjahr zu verlegen.

Bei der Durchführung des genannten Bauprogramms wird versucht, im Rahmen der verfügbaren Mittel und der technischen Möglichkeiten, den besonderen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes durch Umstellungen in der zeitlichen Vergebung Rechnung zu tragen, d. h. also notleidenden Industrien beschleunigt Aufträge zu erteilen und Bezirke mit besonders großer Arbeitslosigkeit bei der Vergebung und Verteilung der Arbeiten in erster Linie zu bevorzugen.

Bei diesem großen Beschaffungsprogramm handelt es sich also nicht nur darum, bei vermehrten Notstandsarbeiten Erwerbslosen auch außerhalb ihres gelernten Berufes vorübergehende Beschäftigung zu geben, sondern vor allem um die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiter innerhalb ihres gelernten und geübten Berufes.

Die Grundlage für diesen gesamten Arbeitsbeschaffungsplan ist aber nur dadurch gegeben, daß sich das Reich oder die beteiligten Verwaltungen für diese werbenden Anlagen an den Anlagemarkt nunmehr wenden können. Rech vor einem halben Jahr konnten diese Wege nicht oder nur mit Gefahren für die übrige Wirtschaft beschritten werden. Heute glaubt es die Reichsregierung verantworten zu können.

Ich habe es immer bedauert, wenn in Kreisen der Wirtschaft und des Parlaments das in ihm begründete nowendige Gutachterorgan der Reichsregierung ungünstig beurteilt wird. Solche Urteile sind meist in der Unkenntnis der Arbeiten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats begründet. Und dies ist wiederum darauf zurückzuführen, daß seine Verhandlungen zum überwiegenden Teil nicht öffentlich stattfinden und seine Einwirkung auf die endgültige Gestaltung der Gesetzentwürfe vielfach in einem sehr frühen Stadium erfolgt, so daß späterhin oft nicht mehr zu erkennen ist, welcher Anteil an den von der Reichsregierung und dem Reichstag im Reichstag vorgelegten Entwürfen auf die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats entfällt. In letzter Zeit hat sich dieses Bild allerdings zugunsten des Reichswirtschaftsrats verbessert. Nur wenige Stimmen hört man heute noch, die absprechend über den Reichswirtschaftsrat urteilen. Auch die Länder legen besonderen Wert auf die Gutachten des Reichswirtschaftsrats. Es hat mich gefreut, daß in einer Sitzung mit den Landesregierungen, der ich vorsah, sich alle Länder bis auf eins für den Reichswirtschaftsrat aussprachen. Es ist auch keineswegs so, wie die Kritiker des Reichswirtschaftsrats des öfteren bemerken, daß die Gutachten in der Regel mit einem Abstimmungsverhältnis von 12 zu 12 oder 14 zu 14 zustande kommen und infolgedessen für die Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften nicht nutzbar gemacht werden können. In vielen bedeutsamen Fragen hat der Reichswirtschaftsrat eine fast einheitliche Meinung, aber auch, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihrem Urteil auseinandergehen, ist für die Regierung wichtig zu erfahren, welche besondere Stellung jeder der beiden Teile zu dem Gesetzentwurf eingenommen hat. Mit ihrem Herrn Vorsitzenden bin ich auch der Meinung, daß es hohe Zeit ist, nunmehr den vorläufigen Reichswirtschaftsrat durch den endgültigen Reichswirtschaftsrat abzulösen. Denn die Arbeitsweise des vorläufigen Reichswirtschaftsrats entbehrt der gesetzlichen Grundlage. Ein endgültiger Reichswirtschaftsrat, der hoffentlich auch mit Ihrer Hilfe nicht eine zu große, arbeitsunfähige Körperschaft werden darf, wird sein Ansehen auch nach außen hin durch seine Arbeiten bald erhöhen. Er soll das maßgebende Gutachterorgan für die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften werden. Die schwierigen und umfangreichen Arbeiten für das zu erlassende Gesetz sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß ich hoffe, den Entwurf im Herbst den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen zu können. Wenn keine erneuten Schwierigkeiten auftauchen, kann ich wohl annehmen, daß für den nächsten Jahrestag Ihre Vertreter über die ersten Arbeiten des endgültigen Reichswirtschaftsrats berichten können, auch berichten von einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den übrigen Kreisen der Wirtschaft und der Regierung, denn ohne eine enge Zusammenarbeit wird es uns nicht gelingen, die gegenwärtige schwere Notzeit und auch die folgenden harten Jahre zu überwinden.

Von der schweizerischen Stidereiindustrie.

Von J. Lukas, Zürich.

Die schweizerische Stidereiindustrie, die vorwiegend in den Kantonen Appenzell, St. Gallen und Thurgau ihren Sitz hat, macht seit dem Jahre 1918 eine folgenschwere Krise durch, die sich immer mehr und mehr zum Ruin der betreffenden Industrie auswächst. Die Ursachen der Krise sind auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Während für den Rückgang des schweizerischen Stidereiexportes die ungünstige Schutzpolitik der meisten Abnehmerstaaten verantwortlich gemacht wird, sowie auch die relativ hohen Produktionskosten, in der teuren, hochvalutarischen Schweiz, ferner die durch den Krieg und die Nachkriegszeit herbeigeführte Verarmung der Konsumenten in vielen Abnehmerstaaten und der Wegfall früherer Absatzländer, insbesondere Rußland, glaubt man die allgemeinen Ursachen des Niederganges der Stidereiindustrie speziell folgenden Umständen zuschreiben zu müssen: der Ungunst der Damenmode, dem Auftreten neuer Konkurrenzindustrien, besonders der Tritolage, und der Entnationalisierung der Industrie, d. h. dem Ausfließen von Stidemaschinen in den bisherigen Absatzländern. Der letztgenannte Umstand wird als der schwerwiegendste und nie wieder gut zu machende Grund des Niederganges der Stidereiindustrie genannt.

In der Tat trägt die Konkurrenz des Auslandes, vor der aber keine Industrie geschützt ist, einen wesentlichen Anteil an der mangelhaften Lage des schweizerischen Stidereiexportes. Die ausländische Konkurrenz hätte aber niemals diese verheerenden Wirkungen auf die Stidereiindustrie der Schweiz ausüben können, wenn ihr nicht die Mechanisierung der Arbeit, die technischen Verbesserungen an der Maschine und schließlich die Automatismen in ihrer Herstellung zu Hilfe gekommen wäre. Die schweizerische Stidereiindustrie war zu sehr Qualitätsindustrie, die persönliche Erfahrung und Befähigung des Stiders war bis zum Aufkommen des Stidautomaten von großer Bedeutung. Erst als es dem Auslande gelang, gut ausgebildete Fachleute aus der Schweiz zu bekommen und mit ihnen auch Automaten, wurde der schweizerischen Stidereiindustrie der Atem knapp. Dies traf wenigstens für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, für Frankreich und einige Gebiete in Italien, Spanien und Jugoslawien zu, während man sich im benachbarten Noraraberg und in Sachsen schon seit Jahrzehnten mit der Herstellung von Stidereien befaßte und der schweizerischen Industrie in einzelnen Artikeln erfolgreich Konkurrenz bereitete.

Seit einigen Jahren bietet das Gebiet der Ostschweiz einen betrübenden, erbarmungswürdigen Anblick. Große, mächtige Industriegebäude stehen still, stolze, prunkhafte Handelshäuser haben ihre Türen und Büreaus geschlossen und in den Hütten der sonst so lebensfrohen Bewohner ist Frau Sorge und Schmähans Klagenmeister zu Galt. Tausende, zehntausende fleißige Arbeitskräfte ruhen still, dieweil das Kontursamt hochgetrieben hat. Das Gewerbe liegt danieder und jede Bautätigkeit hat aufgehört. Da, wo einst dem Wanderer froher Mädchengeläch aus den weitgeöffneten Fenstern der Stidfabrik entgegenklang, vernimmt er heute nur noch ein melancholisches Klageged aus aller Leute Mund. Bittere Armut und stille Göttergebenheit sind das Charakteristikum des ohnehin schon recht bescheidenen und leicht zufriedenen Bistkens. Die jungen

Mädchen wenden sich der Hauswirtschaft und dem Gewerbe zu und die Burden und Männer verlassen die fetigen Gefilde ihrer heimatlichen Dörfern und ziehen scharenweise in die Fremde, nach Amerika. Die Bevölkerungszahl des kleinen Städtchens St. Gallen hat seit 1913 um 13.561 Personen abgenommen. Die Fabrikanten suchen einander durch Preisunterbietungen zu konkurrieren und achten dabei nicht auf die dadurch entstehenden schädigenden Rückwirkungen. Allgemein hat man den Eindruck, daß die ostschweizerische Stidereiindustrie nie mehr ihre Vorkriegsbedeutung wird erlangen können. Alle erdenklichen Sanierungsbestrebungen zum Zwecke einer Regelung der Produktion, der Preise und der Arbeitslöhne scheiterten bisher. Die in die Millionen gehenden Bundessubventionen wurden aufgebraucht, ohne daß eine Besserung der Verhältnisse eingetreten wäre.

Private und Behörden sind eifrig bemüht, neue Industrien in der bisher allzu einseitig auf die Stidereiindustrie eingestellten Ostschweiz einzuführen. Wir sehen Bürstenfabriken, Aluminiumwerke und Basaltsteinunternehmungen entstehen, und ganz besonders Industrien der Handweb- und Strumpfwaren- sowie der Kunstseidenfabrikation. Ueber die Kunstseidenindustrie gibt der Jahresbericht 1925 der Züricherischen Seidenindustrie-Gesellschaft folgenden Aufschluß:

„In der Schweiz befaßten sich im Berichtsjahre folgende Unternehmungen mit der Herstellung von Kunstseide: Société de la Viscose Suisse, mit Hauptstz in Emmenbrücke und Tochterunternehmung in Heerbrugg-Widnau; Société Anonyme Viscose Rheinfelden in Rheinfelden; Feldmühle Rorschach A. G., Rorschach; Borwist Kunstseidenwert A. G. in Steckborn. Sämtliche Fabriken arbeiten nach dem Viscoseverfahren.“

Die Gesamtzahl der in dieser Industrie Beschäftigten wurde kürzlich auf 5000 Köpfe beziffert, wobei auf die Société de la Viscose Suisse, als das älteste und bedeutendste Unternehmen dieser Art, ungefähr 3500 Personen entfallen. In ähnlicher Weise dürfte sich auch die Erzeugung verteilen, die heute insgesamt etwa 10.000 bis 12.000 Kilogramm im Tag erreichen soll.

Die schweizerische Handelsstatistik erweist für das Jahr 1925 eine Verminderung der Kunstseiden einfuhr und eine Vermehrung der Ausfuhr, und zwar lauten die Zahlen wie folgt:

Einfuhr:

1924: 1.458.800 Kilogramm im Werte von 26.992.000 Fr.
1925: 1.245.805 Kilogramm im Werte von 21.883.000 Fr.

Ausfuhr:

1924: 1.057.400 Kilogramm im Werte von 19.229.000 Fr.
1925: 1.874.034 Kilogramm im Werte von 31.187.000 Fr.

Zu beachten ist, daß sich diese neue, rasch entwickelnde Kunstseidenindustrie vornehmlich in der Ostschweiz niederküßt, wo sie sich in den geräumigen Stidereigebäuden sehr trefflich einzurichten vermag.

Was die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der schweizerischen Stidereiindustrie im besonderen und in der Textilindustrie im allgemeinen anbetrifft, so ist wenig erfreuliches zu sagen. Ganze Industriegruppen arbeiten schon seit längerer Zeit 52 Stunden in der Woche, während die Löhne in der Nachkriegszeit auf das äußerste Minimum herabgedrückt wurden. Dem schweizerischen Textilarbeiterverband gelang es leider trotz heftiger Gegenwehr nicht, alle reaktionären Maßnahmen des Unternehmertums zu verhindern, da die Mehrzahl der Textilproletarier noch außerhalb der Organisation steht.

Wie ich Frankreich wieder fand.

Von Fritz Kummer

IV.

Das größte Totenfeld der Geschichte.

Die Stadt Verdun ist nach dem Westen hin von einer Hügelkette bedeckt. Das Gelände steigt zu beiden Seiten wellenartig bergan und ist von Tälern, Buchten und Schluchten durchzogen. Auf dem Höhenkamme Forts und kleinere Schutzwerke, deren Namen — Bau, Douaumont, Toter Mann, Höhe 304 usw. — noch in aller Gedächtnis sind. Am Morgen des 21. Februar 1916 eröffneten die Deutschen vom Westen her auf einer Front von 40 Kilometern den Angriff auf die Höhen. Damit hatte die blutigste Schlacht des Weltkrieges begonnen. Sie hat neun Monate gedauert. Fast Tag für Tag spien Geschütze aller Größen und Art einen Hagel von Eisen auf das Gelände. Der Wald verfant, die Dörfer verschwanden, die Schützengräben wurden eingeebnet. Was sich an Menschen in dem Raume befand, war dem Tode geweiht. Keine Rettung nach vornwärts oder rückwärts. Die menschliche Kreatur wühlte sich in den Erdboden ein. Hier wurde sie verschüttet oder verhungerte. Und die Leichen wurden, in tausend Stöße zerlegt, wieder und immer wieder in die Luft geschleudert. Daheim wurde gemeldet: „Sie starben den Heldentod und wurden würdig in die Erde gebettet.“

Bis zum Juli, also in fünf Monaten, war der deutsche Vorstoß erst teilweise etwas über des Hügelkammes Höhe hinaus gekommen. Nun setzte die französische Abwehr planmäßig und mit großem Nachdruck ein. Das nämliche blutige Handgemenge, das im Februar begonnen, ging nun in entgegengesetzter Richtung fort. Um jeden Bodensegen wurde gerungen, gewürgt, gemordet. Nüßer und rüber würgten sich wahnwütig gewordene Menschenhaufen. Das Mauerwerk Tripointmont zum Beispiel wechselte sechzehnmal die „Herren“. Mitte Dezember waren die Deutschen wieder dorthin zurückgetrieben, wo sie vor neun Monate ausgegangen waren. Eine Million Menschen hatte der Wahnsinn getötet. Zwei Heere hatten sich ermüdet.

Von der Höhe des Forts Bau schaue ich auf die Wüstenei, die der Militarismus geschaffen. Das Dach des Forts, eine zehn Meter dicke Betonplatte, weist tiefe Spuren von Geschossen auf. Eine dicke stählerne Kuppel liegt aufgerissen. Der Boden ringsum steht aus, wie wenn er die Boden gebabt hätte. Soweit das Auge reicht Granatloch an Granatloch. Sie und da Reste von Stacheldrahtverhaue, zuweilen auch noch Stücke von Schützengräben. Allwärts Eisenzeug, rostender Stacheldraht und umgebrochene Pfähle. Kleine Holzkreuze glaubt man an Lohrändern zu bemerken. Wahrscheinlich ist dort in dem Loch eine von Wind und Wasser freigespülte Leiche begraben worden. Auf dieser Wüstenei stand einst blühender Wald. Von seinem Dasein zeugen noch dicke, zerplünderte, wie von einer Feuersbrunst angelegte Stumpen.

Wir steigen hinunter ins Innere des Forts. Zwei Soldaten gehen mit Aktylenlampen voraus. Mitunter muß man sich tief bücken, um durchzukommen. Wasser rieselt von den Wänden. Ein kalter, feuchter Raum bildete bald für die Franzosen, bald für die Deutschen das Lazarett. In langen Tischnarkern stehen noch die Holzgestelle mit Drahtboden, worauf die jeweilige Besatzung schlief. Helme, Flinten und anderes Mordzeug liegt mehrfach aufgehäuft. In diesen eifigen, nassen Löchern haben Tausende von Menschen gehaust, gekämpft, hier haben sie mit Schmerzensgeschrei oder Flüchen ihr Leben ausgehaucht.

Auf dem Wege nach dem Fort Douaumont zeigt mein Begleiter, ein Bürger von Verdun, nach der linken Seite der Straße und sagt: Das Dorf Fleury! — Wo? frage ich. — Na dort, wo der Stein steht. — Wir steigen dem Abhang hinunter zu dem Stein. Er ist zum Gedenden der getöteten Kinder von Fleury errichtet. Kein Gemäuer, keine Hausmauer erinnert daran, daß hier einst Menschen hausten. Nur Granatloch an Granatloch, und verrosteter Stacheldraht, noch halb an Pfählen hängend.

Wie mit Fleury sei es mit Bau, Douaumont und anderen Dörfern, erzählte mein Begleiter. Es sollen nicht mehr aufgebaut werden. Ihre einstigen Bewohner hätten sich, soweit sie nicht getötet, anderwärts niedergelassen. Das Feld wieder bebauen, sei nicht gut möglich. Es müßten die Granatlöcher, Schützengräben und Unterstände ausgefüllt werden. Das Erdreich aber sei klaffertief mit Geschößstüben, Blindgängern und Leichen durchzogen. Das ganze Gelände

sei ein greuliches Totenfeld, und ein gefährliches obendrein. Eine Millionen Menschen seien hier gefallen, aber nur ein Zehntel ordentlich beerdigt. Und zwischen diesen unzähligen Menschenresten zerstreut lägen unzählige explodierfähige Geschosse. Bei jedem Spatenstich stöße man auf Leichen und Granaten. Zu hoch abstoßender Arbeit sei kein Bauer geneigt.

So überläßt man es dem Natur, das Höllenwerk zu überdecken. Im Laufe der Jahrzehnte werden die Blindgänger ungeschädlich, verrotten die Eisenstücke, vermodern die Leichen. Damit sich die Verwesung unbeachtet vom menschlichen Auge vollzieht, hat die allgütige Natur, über die ganze Wüstenei ihre Decke geworfen. In den Granatföckern und Gräben treibt Gras und Knieholz, und Bügel zwischen den Hunderttausenden von Toten ein Schlummerlied. In einigen Jahren wird die vom Militarismus geschändete Erde ein weniger greuliches Aussehen haben.

Aber auch dann wird es hier der entsetzlichen Erinnerung noch genug geben. Der Bajonetten-Schützengraben ist mit einer schweren Betondecke überdeckt worden, um ihn künftigen Geschlechtern zu erhalten. So wird die Kunde von dem entsetzlichen Schicksal der 65 Soldaten, die hier am Morgen des 11. Juni 1916 verhaftet wurden, sich fort- und fortpflanzen. Sie hatten, da sie einen Angriff erwarteten und ihre Hände zum Granatenwerfen frei haben wollten, ihre Gewehre mit aufgesteckten Bajonetten an der Grabenwand in Handhöhe angelehnt. Eine furchtbare Feuerwelle segte über den Graben, ein paar große Geschosse schlugen vorn und hinten ein und warfen die Erde über den Graben. Der Graben wurde eingeebnet, die Soldaten ersticken, ihre Bajonetten stecken jetzt Kreuze mit den Namen derer, die man in den Graben begraben glaubt.

Noch eindrucksvoller wird das Beinhaus (Dsuaire) von dem namenlosen Traueropfer künden, das sich hier vollzog. In seinen Kellern sollen die Gebeine ruhen, die man auf dem Gelände findet. Und vor dem mächtigen Bau wird ein Friedhof angelegt für 100 000

Gräber. Ein Meer von kleinen weißen Kreuzen läßt erkennen, daß schon Zehntausende von Toten hier gebettet sind. Von den andern Toten aber, von den achthunderttausend, neunhunderttausend wird kein Kreuz künden. Sie werden auf diesem riesigen Totenfeld dort liegen bleiben und vermodern, wo sie die Granaten hingeworfen haben.

Von der Bestimmung der Franzosen.

Über die Bestimmung der Franzosen den Deutschen gegenüber wird bei uns bekanntlich sehr verschiedenes geurteilt. Eine Anzahl von Dichtern, Schriftstellern und Gelehrten, die jüngst in Frankreich Vorträge gehalten haben, berichten fast durchgehendes von freundlicher Aufnahme und Bestimmung. Dazwischen hinein klingen Warnungen. Die Freundlichkeit der Franzosen sei nur zur Täuschung gemacht; unter der glatten Lukenleiste sei die alte Unfreundlichkeit, der Haß gegen uns Deutsche noch ungemildert lebendig. Was ist die Wahrheit?

Um hierauf zu antworten, will ich die Erfahrung mit meinen früheren Kollegen, meinen Gewerkschaftsgegnern und Parteifreunden ganz außer acht lassen, sondern nur von der Erfahrung reden, die ich mit dem Manne auf der Straße, mit Unbekannten machte. Diese Erfahrung war eine über alles Erwarten günstige. Von gemachter Höflichkeit oder Verstellung kann man bei so schlichten Leuten, wie es Bauern, Soldaten, Bergleute, Weber, Metallarbeiter sind, wohl nicht reden. Wo ich um Auskunft bat erhielt ich freundlich Antwort, wenn ich um den Weg fragte, ging der Befragte zuweilen eine Strecke mit, damit ich ja nicht fehl gehe; wo ich auf meinen Streifzügen durch Fabrikorte wegfundige Begleiter brauchte, hat es nie an solchen gefehlt, und es wurde mir mitunter schwer, mich der Freigebigkeit der weiß Gott nicht reichen Leute zu entziehen. So ludeten mich drei Bauern, die in Etain, kurz vor Verdun, zu mir in den Zug gestiegen waren, zu sich ein, um mir deutsche Kriegergäber oder deren Instandhaltung zu zeigen. In Verdun angekommen, führten sie mich bei strömendem Regen in ein preiswürdiges Gasthaus, damit ich, der Fremde, der „Feind von gestern“, nicht übervorteilt werde,

damit man jetzt, bei diesem Fremdenandrang, in Verdun rechnen müsse. Kaum hatte ich der Wirtin dieses Gasthauses mitgeteilt, daß ich einen wegfundigen Mann nebst nicht zu teuerem Wagen zum Besuche der Schlachtfelder wünsche, kam die Kellnerin und meldete, die Gesellschaft an einem Bordsteifisch würde sich freuen, wenn ich mich des noch freien Sitzes in ihrem Wagen bediene. Erst kurz vor Mitternacht trennte ich mich von dieser lebenswürdigen Gesellschaft. Wie sie mir sagte, war sie durch die Kunde, daß ich Deutscher sei, veranlaßt worden, mir den Wagen nicht anzubieten. In Lille ließ es sich ein Mitreisender nicht nehmen, mich zu dem „modernsten Hotel im ganzen Norden“ zu führen. Ich hatte in dem Hause das (etwas enge) Zimmer kaum eine Viertelstunde bezogen, als der Zimmerkellner kam, um mich in ein anderes Zimmer zu führen, das erste sei mir irrtümlich angewiesen worden. Der neue Raum war ein prächtiges Eckzimmer mit Himmelbett. Die Wirtin hatte durch meine Namensentragung erfahren, daß ich ein „Erbfeind“ sei. Was diesen Vorgang noch besonders reizend macht, ist, daß vor mehreren Jahren in dem nämlichen Hotel mit dem gleichen Wirt ein gewisser Dr. Hilferding aus Berlin, der in Lille zum Parteitag weilte, hinausgewiesen worden war, weil er sich als Deutscher ausgegeben hatte.

Auch auf Schlachtfeldern, Soldatenfriedhöfen oder Kriegsruinen, also dort, wo die Erinnerung an die blutige Drangsal und an den Feind lebendig wird, habe ich keine Unfreundlichkeit, weder von Soldaten noch von Beamten, gegen die Deutschen vernommen. Zu den Versicherungen und Beteuerungen dafür, daß in Frankreich der Deutschenhaß ausgestorben ist, wurde vielfach der Zweifel gefügt, daß es umgekehrt ebenso sei. An der Begründung des Zweifels fehlte es nicht. Das Ergebnis der Präsidentenwahl, Neuwahlen von rechtsstehenden Zeitungen und Politikern wurden angeführt. Worauf ich nur erwidern konnte, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes keinerlei Haß gegen Frankreich und sein Volk hege. Dasselbe glaube ich heute umgekehrt behaupten zu können. Die beiden Völker sind sich, von einer schmalen Schicht abgesehen, freundlich gesinnt. Beide wünschen friedliche Verständigung und dauernde praktische Zusammenarbeit. Nur ein Staatsmann wäre häuere und drüber nötig, um dieser Gesinnung und Bestrebung praktische Form zu geben. Bis dahin wollen wir, sozialistische Gewerkschafter, die Zusammenarbeit betätigen.

Gemeinsam freut es dich der Cat. Ein zweites kommt, sich anzuschließen.

* FRAUENTEIL *

Witzwörter will er, mitgenießen; Derbesacht so ist Kraft und Kat.

Recht und Schutz der weiblichen Arbeitnehmer.

Von Paul Krämer, Barmen.

(Schluß.)

Der Arbeiterzeitenschutz schreibt vor, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen über eine bestimmte Dauer hinaus zu unterlassen ist, bzw. zu gewissen Zeiten unterbleiben muß. Die gesetzlichen Vorschriften grundieren in der Gewerbeordnung. Freilich wurden sie durch die Demobilisierungsverordnung vom 23. November 1918 ergänzt, durch die Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923 aber teilweise verschlechtert. Damit wurde die frühere ungenügende Bestimmung: Arbeiterinnen dürfen in der Nachtzeit von acht Uhr abends bis sechs Uhr morgens nicht beschäftigt werden, aufgehoben. Seitdem dürfen weibliche Arbeitnehmer über sechzehn Jahre in zwei- oder mehrschichtigen Betrieben bis zehn Uhr abends beschäftigt werden, wenn nach beendeter Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens sechzehn Stunden gewährt wird. Aber unsere Unternehmer gehen dreist und gottesfürchtig dazu über, die Arbeiterinnen über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit zu beschäftigen.

In derartigen obengenannten Beschäftigungsfällen können an Stelle der sonst geltenden Pausenbestimmungen eine halbtägige oder zwei vierteltägige Pausen treten, die auf die Dauer der Arbeitszeit anzurechnen sind. Arbeiterinnen, auch jugendliche, die höchstens vier Stunden täglich beschäftigt sind, braucht keine Pause gewährt zu werden. Bei einer Beschäftigung von mehr als vier, aber nicht mehr als sechs Stunden ist eine vierteltägige Pause, bei mehr als sechs, aber nicht mehr als acht Stunden eine halbtägige oder zwei vierteltägige Pausen zu gewähren. Ueberschreitet die Beschäftigung acht Stunden, so genügt die Gewährung einer einständigen Mittagspause. Arbeitszeitbeginn und Arbeitszeitende, Festlegung der Pausen sind, sofern keine tarifliche Regelung Näheres bestimmt, vom Arbeitgeber unter Mitwirkung des Arbeiterrats unter Beachtung des Vorstehenden festzulegen. Allen Arbeiterinnen ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden sicherzustellen. Samstags und an Vorabenden der Festtage darf die Arbeitszeit nicht über fünf Uhr nachmittags ausgedehnt werden. Beschäftigt der Arbeitgeber seine Arbeiterinnen über den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitszeit, ohne daß die Genehmigung durch die zuständigen Stellen erteilt ist, so macht er sich strafbar. Dies gilt auch gegenüber der tariflich vereinbarten Arbeitszeit. Als Ausnahmefall kann die Normalarbeitszeit eines Betriebes oder einer Abteilung nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung an dreißig — der Wahl des Arbeitgebers überlassen — Tagen im Jahre durch eine Mehrarbeit bis zu zwei Stunden erhöht werden. Für Betriebsausnahmearbeiten beträgt die Ueberschreitung des Normalarbeitszeitages höchstens eine Stunde täglich. Als im Sinne der zulässig erhöhten Normalarbeitszeit darf die Grenze von zehn Stunden nicht überschritten werden. Schwangere und stillende Mütter können auf besonderen Wunsch von jeder Ueberarbeit befreit werden. Endlich ist auf antragendes Verlangen einer im Hauswesen zu besorgenden Arbeiterin diese eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, wenn die vorgesehene Pause nicht ein und eine halbe Stunde beträgt. Waren Arbeiterinnen die gesetzlich zugelassene Arbeitszeit beschäftigt, so muß die Mitgabe von Hausarbeit, auch für Rechnung anderer, unterbleiben.

Der Arbeiterschutz bietet gegenüber den jugendlichen Arbeiterinnen — für diese nur unbedeutend erhöhte Maßnahmen — keinen besonderen Schutz. Vielmehr gilt für sie das gleiche wie für die männlichen Arbeitnehmer. Der Schutz des Arbeitsvertrages soll die materielle wie die formelle Sicherung der wirtschaftlichen Stellung des Arbeitnehmers sichern. Als Basis dient die Arbeitsordnung. Sie muß als Aushang an sichtbar Stelle zu lesen sein, ist auch in einem Exemplar jeder Beschäftigten auszubändigen. Ferner sind die etwa erlassenen Betriebsvereinbarungen zu beachten. Die Vorschriften der Sozialversicherung sind zu wahren. Fernerhin ist eine Beschränkung bei Ausübung bestimmter Ehrenämter ausgeschlossen. Zur Sicherung der vertragsmäßig vereinbarten Bedingungen gelten die Vorschriften über die Abrechnung bei der Lohnzahlung.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen der geltenden Arbeiterschutzvorschriften, die bei der Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern zu beachten sind. In der Regel gelten sie für die der Gewerbeordnung unterstellten Betriebe. Im Einzelfall kann Erleichterung, Ausdehnung oder Verschärfung durch die staatlichen Behörden eintreten.

Befehle, national gesehen, die Notwendigkeit zu einer breiteren Ausgestaltung des Arbeiterschutzes, so ist internationale der Weg dazu vorbereitet. Die wesentlichen Bestandteile des internationalen Frauenschutzes, wie Nachtarbeitverbot, Schutz der Mutterschaft, bestimmte Arbeitszeitregelung, sind im Rahmen der Sozialpolitik auf mehreren vor und nach dem Kriege abgehaltenen internationalen Konferenzen niedergelegt worden. Solche Abmachungen wurden getroffen auf der schon genannten Berner Konferenz, weiter sind sie zu suchen in den Uebereinkommen und Vorschlägen der Internationalen Arbeiterorganisation in Washington vom Jahre 1919 und im Genf vom Jahre 1921. Stief die Festlegung der einzelnen Bestandteile des internationalen Frauenschutzes schon auf mancherlei Schwierigkeiten, so ist die Ratifizierung durch die einzelnen Länder ebenfalls schwierig geworden. Daraus zeugen die wiederholten internationalen Arbeitskonferenzen und neuerlichen Vereinbarungen.

Die gegenwärtig und wahrscheinlich noch für längere Zeit geltenden Arbeiterschutzbestimmungen stellen zweifelsohne einen großen Wust von Verordnungen und Ausführungsbestimmungen dar. Jetzt stehen wir im Stadium einer umwälzenden Neuordnung, die alle

zerfallenen gesetzlichen Vorschriften in ein einheitliches Arbeiterschutzgesetz zusammenfassen soll. Was aber bisher über den Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes in die Öffentlichkeit gebrungen ist, entspricht in keiner Weise dem, was die Gewerkschaften schon jahrzehntelang gefordert haben. Schwerer Kämpfe wird es bedürfen, um den Inhalt des künftigen Gesetzes so zu gestalten, wie es im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Besonders muß dabei mehr wie bisher auf die besonderen Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen, denen ein in jeder Hinsicht erhöhter Schutz zuzubilligen ist, Rücksicht genommen werden.

Zurzeit, wo mit wahrer Lust die kapitalistischen Mächthaber jedes bestehende Recht und Gesetz umkehren und mißachten, weder nach Moral und Sitte, noch nach kulturellem und sozialem Fortschritt fragen, heißt es doppelt: Augen auf! Den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären ist die Aufgabe zugewiesen, die Arbeitgeber und die staatlichen Ueberwachungsorgane (Gewerbeaufsichten usw.) auf bestehende Arbeiterschutzbestimmungen eindringlich aufmerksam zu machen.

Genehmigung von Nachtarbeit für Frauen und Mädchen.

Große Erregung unter den Arbeiterinnen der Kanfleidenfabrik J. P. Bemberg & Co. Barmen, hat eine Verfügung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf hervorgerufen, in der die Genehmigung von Nachtarbeit für Arbeiterinnen (Einführung einer 3. Schicht) für die Zeit von drei Monaten auf Grund eines diesbezüglichen Antrages der Firma Bemberg ausgesprochen wird.

Seit langer Zeit wird in den Kanfleidenfabriken der Firma J. P. Bemberg in den Spinnereien nebst Unterabteilungen in drei Schichten gearbeitet. In den Abteilungen Zwirnererei und Spulerei, wo lediglich Arbeiterinnen beschäftigt werden, wurde bisher in zwei Schichten gearbeitet, und zwar von morgens 6 Uhr bis nachmittags 2 1/2 Uhr und von 2 1/2 Uhr bis 11 Uhr abends einschließlich einer halbtägigen Pause pro Schicht. Die Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit über 10 Uhr abends ist schon seit circa 2 Jahren durch den zuständigen Regierungspräsidenten genehmigt.

Neuerdings hat nun die Kanfleidenpinnerei und deren Unterabteilungen bedeutende technische Verbesserungen erfahren, womit eine erhebliche Vermehrung der Produkte erreicht wurde, die in der zweischichtigen arbeitenden Zwirnererei nicht mehr fertiggestellt werden können. Demzufolge beantragte obengenannte Firma bei der zuständigen Behörde die Einführung von Nachtarbeit für die Arbeiterinnen in der Zwirnererei für eine Zeit von 4—5 Monaten.

Sind unsere Organisationsvertreter schon der Anweisung der Beschäftigung der Arbeiterinnen bis 11 Uhr abends stark entgegengetreten, so haben sie durch entsprechende Verhandlungen mit dem zuständigen Regierungspräsidenten sowie mit dem Minister für Handel und Gewerbe in Preußen versucht, die Genehmigung der Nachtarbeit zu verhindern. Der zuständige Regierungspräsident war jedoch nicht davon zu überzeugen, daß die Nachtarbeit der Frauen schwere sittliche und gesundheitliche Gefahren in sich birgt. Bei einem Regierungspräsidenten hofft man auf derlei Verständnis vergeblich. In einer Eingabe an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe hat unsere Rechtsabteilung im Hauptvorstand nochmals auf die sittlichen und gesundheitlichen Gefahren der Nachtarbeit für die Arbeiterinnen hingewiesen. Der Einführung der 3. Schicht steht nichts im Wege, wenn männliche Arbeitskräfte von seiten der Firma eingestellt werden. Im Barmer Bezirk stehen genügend arbeitslose Textilarbeiter zur Verfügung, die diese Arbeit verrichten könnten. Damit wäre gleichzeitig eine Entlastung der Erwerbslosenfürsorge möglich, was gewiß auch im öffentlichen Interesse liegt. Diese Vorschläge müßten von seiten der genannten Behörde weitestgehende Berücksichtigung finden. Eine Antwort ist uns noch nicht zugegangen und wir sind wahrhaftig gespannt, ob das Interesse der Arbeiterinnen oder das Geldbeutelinteresse der Firma Bemberg schwerer wiegt.

So manche Kollegin, die während des Krieges gezwungen war in einem Betrieb für Heeresbedarf Nachtarbeit zu leisten, wird heute noch mit Grauen an diese Zustände denken. Deutliche Spuren der Erschöpfung zeigten sich besonders bei den verheirateten Arbeiterinnen, die tagsüber infolge ihrer häuslichen Arbeit und Kindererziehung sich keine Ruhe gönnen konnten und trotzdem nachts im Betriebe schaffen mußten. Aber auch für die ledigen Arbeiterinnen birgt die Nachtarbeit besondere Gefahren in sich. Ist ein weiter Arbeitsweg mit der Beschäftigung verbunden, so sind sittliche Gefahren unausbleiblich, ganz abgesehen davon, daß die unregelmäßige Beschäftigungsweise und die großen Anforderungen, die an die Arbeiterinnen durch die Mechanisierung der Arbeit gestellt werden, schwere gesundheitliche Schädigungen nach sich zieht. Der Nachtschlaf ist gerade für jüngere Arbeiterinnen unentbehrlich. Aus all diesen Erwägungen heraus ist der Protest der beschäftigten Arbeiterinnen in der Zwirnererei obengenannter Firma um so mehr berechtigt. Wenn auch für die Zukunft ein gesetzlicher Arbeiterschutz gewährleistet werden soll, so wird es Aufgabe der zuständigen Behörden, in diesem Falle des Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe sein, derartige Genehmigungen im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen zu verhindern.

Der Deutsche Textilarbeiterverband wird nach wie vor für die Innehaltung und Durchführung der gesetzlichen Arbeiterinnenschutzbestimmungen eintreten und einen Ausbau derselben anstreben. Je fester unsere Organisation ist, desto eher werden wir unser Ziel erreichen!

Bericht über die vierte Sitzung des Bundesauschusses des ADGB. im Volkshaus zu Düsseldorf am 9. und 10. Juli 1926.

II.

Im Anschluß an diese Ausführungen erstattete dann Leipart den Bericht des Bundesvorstandes über seine Tätigkeit in den abgelassenen Monaten. Zunächst ging er in längeren Ausführungen, die von dem Vertreter des Betriebsverbundes, Döring und dem Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Martmüller, wirkungsvoll ergänzt wurden, auf die vom ADGB, den englischen Gewerkschaften gewährte moralische, organisatorische und finanzielle Unterstützung ein und wies die völlige Haltlosigkeit der kommunistischen Presse gegen die deutschen Verbände nach. Aus den unzähligen, in der kommunistischen Presse angelegentlich Entschuldigungen, in denen der Bundesauschuß zu einer wirksameren Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter aufgefordert werden sollte, ist nicht viel geworden. Es sind im ganzen zwei Telegramme und ein Brief eingelaufen, in denen Maßnahmen gefordert wurden, die die Gewerkschaften längst von sich aus durchgeführt haben.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam Leipart noch auf die Bildung des keramischen Bundes innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes zu sprechen. Der Bundesvorstand hat gemäß den Breslauer Kongreßbeschlüssen an den Verhandlungen mitgewirkt. Leipart dankte dem Vorsitzenden der Glasarbeiter, Griebig, und dem Vorsitzenden der Porzellanarbeiter, Wolmann, dafür, daß sie im Interesse der Gesamtbewegung sich für den Zusammenschluß ihrer Organisationen, die auf eine ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken können, mit dem Fabrikarbeiterverband eingelegt haben.

Leipart erhielt die Zustimmung des Bundesauschusses zu dem Plan, einen zweiten Sekretär im Zentralarbeitssekretariat beim Bundesvorstand einzustellen. Für diesen Posten ist Kollege Bäckhaus gewonnen worden, der schon bis zum Jahre 1923 mehrere Jahre im Zentralarbeitssekretariat tätig war.

Nach einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen schloß Leipart um 2 Uhr nachmittags die Sitzung.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers, Dr. Curtius betonte Dr. Weigert als Vertreter des Reichsarbeitsministers den festen Willen des Ministers und der Reichsregierung, die Arbeitslosenversicherung in diesem Winter zur gesetzlichen Regelung zu bringen. Der Entwurf hat gerade jetzt den Arbeitsauschuß des Reichswirtschaftsrats passiert. Er soll noch im Herbst dem Reichsrat vorgelegt werden. Dr. Weigert ist der Meinung, daß eine Arbeitslosenversicherung auch in Zeiten großer Arbeitslosigkeit lebensfähig ist, solange nur die Fluktuation unter den Arbeitslosen aufrechterhalten wird. Der Redner wandte sich dann zu der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge. Er erklärte, daß die Reichsregierung bei ihren Bemühungen um ein Lohnkassensystem in der Erwerbslosenfürsorge niemals auf einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung ausgegangen sei. Sie habe nur die Unterstützung an die natürliche Gliederung der Arbeiterschaft und an ihren verschiedenen Lebensstandard anpassen wollen. Der Entwurf der Reichsregierung sei nicht ihr letztes Wort, sondern nur eine Verhandlungsgrundlage gewesen. Die Frage habe jetzt durch die Erhebung, die auf gesetzlicher Grundlage stattfinden soll, einen vorläufigen Abschluß gefunden.

Dihmann (Metallarbeiter) eröffnet die Debatte. Die Arbeitslosenfrage sei, führte er aus, das Kernproblem auf Jahre hinaus. Drei Fragen müßten uns beschäftigen: die Frage der materiellen Unterstützung, die der Beschäftigung der Arbeitslosen und die Anordnung und Durchführung von Maßnahmen, die über den Tag hinaus der Depression entgegenwirken. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm dürfe nicht unter dem Gesichtspunkt sogenannter „Notstandsarbeiten“ betrieben werden, denn die vorgesehenen Arbeiten sollen nicht nur der Unterbringung Arbeitsloser dienen. Die Durchführung des Programms erfordere aber auch die Beteiligung von bürokratischen Hemmnissen, die im System des Behördenapparates liegen. Der Bundesauschuß möge zum Ausdruck bringen, daß die Gewerkschaften die Arbeitslosen nicht im Stich lassen.

Paepow (Bauarbeiter) bringt zum Ausdruck, daß es erträulich wäre, wenn es gelänge, das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verwirklichen. Hinderlich sei dabei eine gewisse Anarchie. Die, wie ihm scheint, nicht nur unserer Wirtschaftsführung, sondern auch in den Arbeiten der mit diesen Aufgaben betrauten Behörden zu finden sei.

Gertrud Hanna (ADGB.) erinnert daran, daß die erwerbslosen Frauen werden als „nicht bedürftig“ vom Empfang der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Der Prozentsatz solcher „Nichtbedürftiger“ sei bei den Frauen größer als bei den Männern. Die Zahl der Frauen, die, wie in der Öffentlichkeit oft behauptet werde, eine höhere Unterstützung bekämen als ihr Lohn betragen habe, sei sehr gering und werde infolge der Kürzung der Unterstützungen durch die Gemeinden immer kleiner. Die Textilindustrie, in der außerordentlich viele Frauen beschäftigt sind, habe auch eine ungewöhnlich hohe Zahl von Arbeitslosen. Auch von Notstandsarbeiten habe die Frau keinen Vorteil, weil die durch Notstandsarbeiten geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten meist männliche Arbeitskräfte erfordern. In vielen Betrieben werde die Arbeit aus den Betrieben in die Heimarbeit übertragen, wodurch viele Arbeitskräfte damit beschäftigt

werden, die nicht arbeitslos im eigentlichen Sinne sind. Dieses Vorgehen der Unternehmer müsste durch Maßnahmen der Regierung verhindert werden.

Simon (Schuhmacher) begrüßt es, daß die Regierung erkennt, wie notwendig es ist, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Tarnom (Holzarbeiter): Das Hauptgewicht sei darauf zu legen, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm die Wiederbeschaffung normaler Arbeitsgelegenheit bewirkt werde.

Die Debatte ist geschlossen. Leipzig stellt als Ergebnis der Aussprache fest, daß unter den anwesenden Vertretern der Verbände keine Meinungsverschiedenheit über den außerordentlichen Ernst der wirtschaftlichen Situation.

Die vorgelegte Entschließung zur Erwerbslosenfrage wird in der Gesamtabstimmung ohne Widerspruch angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Entschließung zur Erwerbslosenfürsorge.

„In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizutenden Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitslosenzahlen in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermindern.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungssätze wird als zur Einführung eines Versicherungssystems nicht erhebt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungssätze ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Befehung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstage in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist.

Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafte Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekräftigt wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein.

An die deutsche Arbeiterjugend!

Die deutschen Gewerkschaften können auf eine Geschichte von nahezu acht Jahrzehnten zurückblicken. Aber es sind kaum vierzig Jahre verfloßen, seit die Gewerkschaften aus ungleichartigen, kaum beachteten örtlichen Organisationen zu den mächtigen Zentralverbänden wurden, die in allen Städten und Gemeinden jetzt einen großen Teil der gesamten Arbeiterchaft in ihren Reihen vereinen.

Die besten und weishesten Elemente der deutschen Arbeiterchaft sind in den Gewerkschaften zusammengeschlossen. Männer und Frauen, die nicht nur ihrem eigenen Vorteil nachjagen, sondern im Bunde mit ihren Kameraden — einer für alle und alle für einen — sich und den kommenden Geschlechtern Raum für ein freies, nach außen sicheres, den großen Kräften sittlicher und geistiger Kultur erhellendes Leben erkämpfen wollen.

Man darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben, mitgeritten von diesem Geiste opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Wirtschaft, die von dem Grundgedanken der Solidarität mit allen in ihr Tätigen beherrscht sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft einsetzte für einen großen Gedanken.

Man darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben, mitgeritten von diesem Geiste opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Wirtschaft, die von dem Grundgedanken der Solidarität mit allen in ihr Tätigen beherrscht sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft einsetzte für einen großen Gedanken.

Man darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben, mitgeritten von diesem Geiste opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Wirtschaft, die von dem Grundgedanken der Solidarität mit allen in ihr Tätigen beherrscht sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft einsetzte für einen großen Gedanken.

Gebieten in die Defensive gedrängt. Es kann niemand mehr im Ernst bezweifeln, daß die Zeit vorüber ist, in der das Kapital allein und unbefristeten Anspruch erheben konnte, die Wirtschaft zu organisieren.

Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner siegreichen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation besaß.

Und auch, an die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland, wendet sich deshalb der Bundesausschuß, um euch als die Bannerträger der Zukunft, als die Erben des von den Vätern errungenen Besitzes:

Seid euch der großen, durch eine ruhmvolle Kampftradition, durch die Treue und den Opfermut von Millionen Arbeitern geheiligten Aufgabe bewußt, deren Durchführung eurem Geist, eurem Willen anvertraut ist.

Dann fann und muß euch, den jungen, die ihr noch in der Blütezeit eures Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwungs beginnen. Dann wird die Zeit anbrechen, in der ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und eurer besonnenen Pflege anvertraut hat: jene echte Freiheit des einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet.

Düsseldorf, den 10. Juli 1926. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Verbandstag des Holländischen Textilarbeiterverbandes am 16. und 17. Juli in Apeldoorn.

In dem wunderbar gelegenen Städtchen Apeldoorn hatten sich am 16. und 17. Juli die Delegierten unserer holländischen Brudervereinigung zu ihrem Verbandstag versammelt, um für die nächsten zwei Jahre über Mittel und Wege sowie Zielrichtung des Verbandes zu beraten und festzulegen.

Nach dem einleitenden Referat des Vorsitzenden erhielt als Vertreter des deutschen Textilarbeiterverbandes der Kollege Magte aus Gronau das Wort, welcher über die deutschen Verhältnisse auf dem Textilmarkt und den Wiederaufstieg des Verbandes einen Überblick gab und auf die herzliche Zusammenarbeit der beiden Organisationen hinwies.

Als weiterer Gast begrüßte der Vertreter des holländischen Gewerkschaftsbundes, Kollege van der Wall, den Kongreß und wünschte ihm zu seinem Arbeiten Glück. Sodann wurde der Bericht des Vorsitzenden ohne Debatte genehmigt und ihm damit und der ganzen Verbandleitung das Vertrauen ausgesprochen.

Nachmittags um 4 Uhr wurde dem Kollegen Boogseerd, dem Sekretär des Verbandes, zu seinem 25jährigen Amtsjubiläum eine herzliche Huldigung dargebracht, ebenso seiner Frau, die mittlerweile eingetroffen war und die ganzen langen Jahre treu an der Seite ihres Mannes die schweren Kämpfe mitgemacht hat.

Am zweiten Tage wurde der Kongreß um 9 Uhr morgens eröffnet und die Beratung der eingereichten Anträge vorgenommen. Ein Antrag der Abteilung Borne, das Jahrbuch wöchentlich, anstatt wie bisher alle 14 Tage erscheinen zu lassen, wurde nach ausgiebiger Debatte mit 41 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Während der Mittagspause begaben sich die Delegierten geschlossen zum Friedhof, um an dem Grabe des Koll. Rebergen, welchen der Tod im blühenden Alter von 36 Jahren aus der Arbeit gerissen hatte, einen Kranz niederzulegen.

Nachmittags wurde noch die Wahl der verschiedenen Kommissionen vorgenommen und ein Antrag der Ortsgruppe Enschede, der die Abhaltung der Verbandstage im Zeitraum von drei Jahren forderte, heiß umstritten.

Der Antrag wurde schließlich mit 30 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende Kollege Kengeling dankte allen Teilnehmern des Kongresses für die Teilnahme und Sachlichkeit, die in der ganzen Zeit gewahrt wurde und rief alle Delegierten zu weiterer tatkräftiger Mitarbeit auf.

Berichte aus Fachreisen.

Berlin. Zum Streit der Stoffdrucker in Weiskes. Der Streit der Stoffdrucker bei der Firma B. Haendel & Co. in Weiskes geht seit Wintern in unverminderter Schärfe weiter. Von allem Anfang an hat man versucht, diesen Kampf nicht als Streit, sondern als Lösung des Arbeitsverhältnisses anzusehen, weil die Drucker so anständig waren, die vereinbarte Kündigungsfrist von 14 Tagen einzuhalten.

sich die Firma durch das Amtsgericht Weiskes bestätigen lassen müssen, daß sie da doch etwas auf falscher Fährte war. Es wurde nämlich auf Antrag des oben genannten Vertreters eine einstweilige Verfügung herausgegeben, wonach das Streikpostenflehen bei Anbringung von Geld- und Haftstrafen verboten sei, weil angeblich die Streikposten mit ihren vorgebundenen Plakaten auf die Kundenschaft der Firma einen äußerst schlechten Eindruck machen.

Weil nun angeblich ein Streik nicht vorlag, hat sich auch ein Hilfsarbeiter aus dem Betriebe (Mitglied des roten Frontkämpferbundes), der jedoch vom Drucken keine blasse Ahnung hat, bemüht gesehen, sich der Firma als Streikbrecher zur Verfügung zu stellen.

„Werte Kameraden, da ich den Sachverhalt anders erfahren habe, wie sich der Streit verhält, erkläre ich mich bereit, sofort die Arbeit wieder niederzulegen, sobald Händel von der Reise zurückkehrt. Andernfalls er mir nicht verfehlt.“

Seid heute abend 1/2 6 Uhr Meißstraße, Ecke Gürtelstraße, da trifft ihr mir. Alles andere mündlich. Mit Gruß, Rot Front! (gez.) Fritz Mainz.

Troßdam arbeitet er heute noch in der Handdruckerlei, allerdings damit beschäftigt, die verdorbene und unbrauchbar zu machen. Der Firma sowohl wie dem roten Frontkämpferbund gratulieren wir zu solchen Strategen.

Die Firma versucht nun mit allen Mitteln, Drucker von außerhalb heranzulocken, so u. a. aus der Tschechoslowakei, Borsberg, Sachsen, allerdings ohne Erfolg. Es wechselt nämlich heute kein Stoffdrucker seine Arbeitsstelle, ohne sich vorher an die zuständige Organisation zu wenden.

Meßdorf (Kreis Wolfenbüttel). Die Rüsterei Arbeiter und Arbeiterinnen des stillgelegten Betriebes der Firma Kramsta & Söhne hielten dieser Tage eine Versammlung ab, in der zur gegenwärtigen Lage Stellung genommen wurde. In derselben kam zum Ausdruck, daß die Hinausgeworfenen noch wie am ersten Tage zusammenstehen. Die Betriebsleitung der Firma Kramsta & Söhne will den Betrieb wieder eröffnen, aber zu 20 Proz. billigerem Lohn. Zunächst wollte die Firma nur 10 Proz. unter dem tarifmäßigen Lohn zahlen, jetzt aber sollen 20 Proz. in Abzug gebracht werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 1. August, ist der Beitrag für die 31. Woche fällig

- Achtung! Achtung! Arbeitslosen, Kurzarbeiter- und Mitgliederzahlung für den Monat Juli! Stichtag für die Julizahlung ist Sonntag, der 31. Juli.

- Abwesenheitsänderungen. Gau Cassel. Scherfede ist zu streichen. Gau Barmen. Frankfurt a. M. B. und K. Otto Bauer.

Textil-Literatur Taggart-Bauer: Betriebsleitung der Baumwollspinnerei. 228 Seiten mit 17 Abbildungen. Aus dem Inhalt: Baumwolle — Baumwollballen — Mischung — Ballenöffner — Kalkschiefer — Deflezer — Schlagmaschine — Die Krenpel — Die Strecken — Rämm-Maschine und Vorbereitung — Vorkammer — Spulbänke — Die Gabelspinnerei oder Selbstspinnerei — Ringspinnmaschinen — Zwirnmaschinenuntersuchungen — Anhang.

Berlin: Carl Schütz in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dreßler in Berlin. — Druck: Borntrübs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.